



taz. die tageszeitung

AUSGABE BERLIN | NR. 9724 | 6. WOCHE | 34. JAHRGANG

FREITAG, 10. FEBRUAR 2012 | WWW.TAZ.DE

€ 2,60 AUSLAND | € 2,30 DEUTSCHLAND

HEUTE IN DER TAZ



BERLINALE Alles über die Eröffnung und Regisseur Denis Côté über seinen Film „Bestiaire“ ▶ SEITE 26-28

LOVEPARADE Abwahl: Abstimmung über OB Sauerland ▶ SEITE 3

GRIECHENLAND Der neue Sparplan ▶ SEITE 9

BERLIN Neue Hoffnung für den Schokoladen ▶ SEITE 19

SPORTSCHAU

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Wie konnten die Nazi-Terrorzelle so lange von den Sicherheitsbehörden unbemerkt bleiben? *sportschau* weiß bereits jetzt, wofür der Untersuchungsausschuss des Bundestages ein Jahr brauchen wird:

1. Die Taten geschahen in der Parallelgesellschaft, steckt man nicht drin.
2. Die V-Leute wussten nix.
3. Im Internet stand auch nix.
4. Für Dönermord ist das Gesundheitsamt zuständig.
5. Die Zelle war so klitzeklein, mit bloßem Auge quasi nicht zu erkennen.

übrigens: *verboten* durfte nie *tagesschau* heißen und heißt jetzt *sportschau*. *verboten* unterstützt die Kandidatur von Andreas Rüttenauer für den DFB-Vorsitz.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 11.617 GenossInnen, die in die Pressefreiheit investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
 fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 90 22 38 | 90
 fax 030 | 25 90 22 38
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22
Redaktion: 030 | 259 02-0
 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz. die tageszeitung
 Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune



Prag, 2. Februar Foto: David W. Cerny/reuters

Wird die Freiheit ad Acta gelegt?

BÜRGERRECHTE Europaweit Proteste gegen Abkommen, das die Urheberrechte durchsetzen soll. Kritiker warnen vor Zensur und Überwachung im Internet

BERLIN taz/dpa | In 20 europäischen Ländern wollen Datenschützer und Netzaktivisten morgen gegen das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (Acta) demonstrieren. Allein in Deutschland haben Acta-Gegner zu Protesten in 60 Städten aufgerufen, darunter Berlin, Hamburg, München und Köln.

Acta ist ein internationaler Handelspakt mit dem Ziel, Urheberrechte weltweit durchzusetzen. Auch im Internet soll Piraterie strenger verfolgt werden. Der Vertrag geht auf eine Initiative der USA und Japans zurück, vor allem die Film- und Musikindustrie hatte auf das Abkommen gedrängt.

Kritiker wie der Chaos Computer Club oder die Piratenpartei wenden ein, dass der Vertrag undemokratisch zustande gekommen sei und die Freiheit im Internet einschränke. Sie nehmen unter anderem Anstoß daran, dass Internetanbieter verpflichtet werden könnten, den privaten Datenverkehr ohne Anfangsverdacht zu überwachen. So sollen etwa illegale Musik- oder Film-downloads erkannt und geahndet werden.

Acta wurde vom Rat der EU und 21 der 27 Mitgliedstaaten unterzeichnet. Die Zustimmung des Europaparlaments steht noch aus. Die Bundesregierung erklärt, dass Acta nichts an der deutschen Rechtslage ändern werde, hat allerdings noch nicht unterschrieben. Vor allem in Osteuropa gibt es heftige Proteste gegen den Vertrag. Polen, Tschechien und Lettland haben die Ratifizierung von Acta vorerst ausgesetzt. **CJA, LKW**

▶ Gesellschaft + Kultur SEITE 13



Poznan, 26. Januar Foto: Lukasz Cynalewski/reuters



Ljubljana, 4. Februar Foto: Srdjan Zivulovic/reuters



Brüssel, 28. Januar Foto: Yves Herman/reuters

Berufsverbot für Richter Garzón

SPANIEN „Tyrannenjäger“ verurteilt: Jurist darf elf Jahre lang nicht arbeiten

BERLIN taz/dpa | Der Oberste Gerichtshof Spaniens hat dem Richter Baltasar Garzón Berufsverbot erteilt. Garzón habe 2009 eine unrechtmäßige Abhöraktion in einem Gefängnis angeordnet, als er in einer Korruptionsaffäre ermittelte, so das Urteil. Der 56-Jährige darf die nächsten elf Jahre nicht mehr als Richter tätig sein. Das Urteil ist nicht anfechtbar. Garzón hatte internationale Berühmtheit als „Tyrannenjäger“ erlangt, weil er in Spanien „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ aus anderen Ländern zur Anklage gebracht hatte. Garzón verfolgte unter anderem den chilenischen Exmilitär-machthaber Augusto Pinochet und ermittelte gegen den früheren guatemaltekischen Diktator Rios Montt wegen Völkermord.

▶ Der Tag SEITE 2

Bundestag kritisiert Ägyptens Justiz

BERLIN taz | Einstimmig hat der Bundestag am Donnerstag die Ermittlungen der ägyptischen Justiz gegen zwei deutsche Mitarbeiter der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) verurteilt. Die ägyptische Militärregierung hatte Ende Dezember die Büros von 17 ausländischen Organisationen durchsuchen lassen, darunter auch das der KAS. Dabei wurden Computer und Dokumente beschlagnahmt und die Räume versiegelt. Was den KAS-Mitarbeitern genau vorgeworfen wird, ist offen.

▶ Schwerpunkt SEITE 4

KOMMENTAR VON INES POHL

Einladung zum Missbrauch

Das ursprüngliche Versprechen lautete: Durch das Internet wird alles leichter. Kein langes Anstehen mehr am Bahnschalter: zack! – und das Ticket ist zu Hause ausgedruckt. Reisebüro: Quatsch. Da googel ich mir die billigste Verbindung doch lieber selber. Und wenn es stürmt und schneit, das Kino weit und das Fernsehprogramm nichts ist: Wie gut, dass ich mir einen Film für 1,99 Euro runterladen kann. Auch die Freundschaftspflege dank Facebook über Kontinente hinweg – alles kein Problem.

Denkste!
 Das Netz ist ein scheinbar unendlicher Marktplatz. Mit knallhart umkämpften Interessen. Die Diskussionen über Facebook zeigen, wie ungeschützt sich viele in die Hände von Anbietern begeben, denen es in erster Linie ums Geldverdienen geht.

Jetzt treibt eine neue Debatte Demonstranten in ganz Europa auf die Straßen. In einem internationalem Abkommen sollen In-

ternetanbieter verpflichtet werden, zu überprüfen, was ihre jeweiligen Nutzer im Netz so treiben. Staatliche Hoheitsaufgaben, Polizeiarbeit nämlich, können also an Privatunternehmen ausgegliedert werden. Da müssen die Alarmglocken schrillen: Wie halten es die privatisierten Blogwarte mit Datenschutz und Korruption?

Die Begründung für das Acta-Abkommen klingt dabei zunächst sogar einleuchtend. Endlich sollen die permanenten Urheberrechtsverletzungen eingedämmt werden. Schluss damit, dass mit nur wenigen Klicks Musik, Filme und Texte genutzt und verbreitet werden, ohne dass die UrheberInnen für ihre Arbeit entlohnt werden.

Gegen die neuen Blogwarte muss man auf die gute alte Straße gehen

Damit Acta von möglichst vielen Ländern unterzeichnet wird, ist es, wie jede Kompromissformel, schwammig formuliert. Damit bleibt viel Raum für Interpretationen. Kritiker befürchten zu Recht, dass einzelne Staaten sich damit auf Acta berufen können, um ihre eigenen Interessen einfach durchzusetzen. Im Zweifel kann das sehr schnell Zensur bedeuten, wenn beispielsweise ultrakatholische Regierungen Acta missbrauchen, um Seiten von und für Homosexuelle zu sperren.

Mit jedem Tag wird unser Leben ein bisschen weiter infiziert von den Möglichkeiten des Internets. Das macht unser Leben nicht nur einfacher, sondern verlangt, uns durch komplizierte Sachverhalte durchzubeißen und eigenverantwortlich Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Und gegebenenfalls auf die gute alte Straße zu gehen, um gegen eine ganz neue Form der Überwachung und Zensur zu protestieren.

EU-Kommissarin: „Zeit ist reif für Frauenquote“

BERLIN taz | EU-Justizkommissarin Viviane Reding will noch in diesem Frühjahr eine Regelung für mehr Frauen in Führungspositionen vorlegen. Sie sei „sehr enttäuscht“, dass nur acht Unternehmen die freiwillige Selbstverpflichtung unterzeichnet haben, sagte sie der taz. In Staaten, die eine Quote eingeführt haben, seien hingegen deutliche Fortschritte zu verzeichnen. Die Quote habe sich als „effektives Instrument bewährt“. Frauen, die ein solches Instrument ablehnen, „unterschätzen oft die old boys networks“, so Reding. Überall in Europa sei die Zeit reif für eine gesetzliche Regelung. **oes**

▶ Interview SEITE 7

